

Budower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz



Budower Bade- u. Verkehrsanzeiger

Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Posten in Budow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,28 R.-M. einschließl. Postgebühren. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Sirch, Budow, Fernsprecher Nr. 54

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Beizeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Sirch, Budow (Märkische Schweiz), Königsstraße Nr. 4

Ämtliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Budow, sowie für die Gemeinden Waldsiedersdorf, Bollersdorf, Hasenholz usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illust. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 34

Donnerstag, den 16. März 1933

38. Jahrgang

Kriegsflagge ohne schwarz-rot-goldene Bösch

Durch Erlass des Reichspräsidenten werden die Hoheitszeichen der Wehrmacht geändert

Parlamentsmehrheit der NSDAP

Im Reichstag und im Preussischen Landtag.

Berlin, 16. März.

Da nach den Dispositionen der zuständigen Stellen die Kommunisten weder im Reichstag noch im Preussischen Landtag an den parlamentarischen Arbeiten beteiligt werden, ergibt sich, daß in beiden Häusern die nationalsozialistische Fraktion allein über die einfache Mehrheit verfügt. Der Reichstag, der mit Einschluß der Kommunisten 647 Mandate umfassen würde, zählt bei Ausschaltung der 81 KPD-Abgeordneten nur noch 566 Mitglieder. Die 288 Nationalsozialisten verfügen also bequem über die einfache Mehrheit.

Anders steht es jedoch um die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit. Hierfür wären im Reichstag noch Ausschaltung der Kommunisten immerhin noch 376 Stimmen erforderlich, während die Nationalsozialisten (288) und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (52) zusammen nur über 340 Stimmen verfügen. Es müßte also für die Erreichung der Zweidrittelmehrheit die Stimmabgabe noch von anderen Fraktionen hinzukommen.

Im Preussischen Landtag bleiben nach Ausschaltung der 63 kommunistischen Abgeordneten noch 411 Mandate übrig. Auch hier haben also die Nationalsozialisten mit ihren 211 Stimmen allein reichlich die Mehrheit.

Die Zweidrittelmehrheit würde im Preussischen Landtag 274 Stimmen erfordern; Nationalsozialisten (211) und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (43) haben jedoch zusammen nur 254 Mandate, so daß für den Landtag hinsichtlich der Zweidrittelmehrheit das gleiche wie für den Reichstag gilt.

Vertagung bis zum Herbst

Im Reichstagsgebäude fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Göring eine Besprechung der Fraktionsführer statt, an der alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten teilnahmen. Es wurde das Programm für die Reichstagsverhandlungen in der nächsten Woche festgelegt. Nach dem Staatsakt in Potsdam wird sich der Reichstag am Dienstag, den 21. März, nachmittags 5 Uhr in der Kroll-Oper konstituieren und auch zugleich die Wahl seines Vorstandes vornehmen. Am Mittwoch wird wegen der Landtagsöffnung voraussichtlich keine Plenarsitzung stattfinden. Am Donnerstag, den 23. März, soll dann die Regierungserklärung abgegeben und das Ermächtigungsgesetz beraten werden. In Verbindung damit werden wahrscheinlich auch noch Anträge der Parteien zur Beratung kommen.

Man rechnet für die Erledigung des Arbeitsstoffes mit einer Tagungsdauer von drei bis vier Sitzungstagen. Dann ist eine längere Vertagung des Reichstages, etwa bis zum Herbst, zu erwarten.

In der Fraktionsführerbesprechung wurde auf Anregung des Präsidenten Göring eine Aenderung der Geschäftsordnung einstimmig dahin beschlossen, daß die Institution des Alterspräsidenten beseitigt und die erste Reichstagsitzung von dem jeweils amtierenden Präsidenten eröffnet wird. Diese Aenderung der Geschäftsordnung soll schon auf den bevorstehenden Reichstagszusammentritt Anwendung finden, so daß der Reichstag nicht vom Alterspräsidenten Uymann, sondern vom bisherigen Reichstagspräsidenten Göring eröffnet wird.

Reichsminister Göring wird auch im neuen Reichstag wieder zum Präsidenten gewählt werden.

Eine weitere Geschäftsordnungsänderung, die die Verpflichtung der Abgeordneten zur Teilnahme an den Reichstags-sitzungen festlegt und für unentschuldigtes Fernbleiben Maßnahmen gegen die Abgeordneten vorsieht, soll erst noch im Geschäftsordnungsausschuß vorberaten werden.

Feierliche Flaggenziehung

Die Parade vor dem preussischen Innenministerium.

Berlin, 16. März.

Nachdem drei Tage die Flaggen der nationalen Erhebung auf allen staatlichen und städtischen Gebäuden geweht haben, wurden gestern abend die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzflagge überall eingeholt.

Vor dem preussischen Innenministerium unter den Linden marschierten eine Bereitschaft Schutzpolizei, die die alte Kriegsflagge und drei Hakenkreuzflaggen mit sich führte, SS., SA. und Stahlhelm-Formationen auf. Unter den Klängen des Deutschlandliedes und des Berliner SA.-Liedes wurden die beiden Flaggen feierlich eingeholt.

Neues in Kürze

Wie in Londoner diplomatischen Kreisen verlautet, wird die englische Regierung die Protestaktion Frankreichs gegen den Aufenthalt von SA.-Gruppen in der entmilitarisierten Zone nicht unterstützen.

Ueber den Aufgabekreis des neugeschaffenen Reichsministeriums für Propaganda und Volksaufklärung sprach Reichsminister Dr. Goebbels zu Vertretern der Presse.

Die innerpolitische Lage in Wien hat sich außerordentlich verschärft.

Bei der Beamten-Krankenkasse der Deutschen Reichspost in Berlin ist man Unterschlagungen auf die Spur gekommen, die in die Hunderttausende gehen.

Bedeutende Kabinettsberatungen

Begen die Sprengstoffdiebe. — Abschaffung der Einstellungsprämien.

Berlin, 16. März.

Das Reichskabinett erörterte in seiner Sitzung am Mittwoch die mit der Reichstagsöffnung zusammenhängenden Fragen, wie insbesondere auch die Einbringung und Durchführung des Ermächtigungsgesetzes. Ferner nahm das Reichskabinett einen Bericht über die Kommunisten-antriebe zur Kenntnis.

Es wurde vorgeschlagen, eine Ablieferungstrift für die gestohlenen Sprengstoffe mit ganz brutalen Strafen festzusetzen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß von den nachweislich gestohlenen circa 3000 Zentnern Sprengstoffen bisher nur etwas über 200 Zentner aufgefunden worden sind. Diese riesigen Sprengstoffmengen stellen naturgemäß in der Hand von verbrecherischen Elementen eine riesige Gefahr dar.

Das Reichskabinett war im Anschluß an einen Bericht des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung grundsätzlich der Meinung, daß die Einstellungsprämien vom 1. April dieses Jahres ab abgeschafft werden sollen.

Die Formalitäten werden noch in Einzelverhandlungen festgesetzt werden. Im übrigen wird sich ein Ausschuß des Kabinetts schon in den nächsten Tagen mit den Vorschlägen beschäftigen, die eine wesentliche Förderung der Arbeitsbeschaffung versprechen.

Mit Rücksicht auf die Bildung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda beschloß das Reichskabinett die Auflösung der Reichszentrale für Heimadienst, für die jetzt keine staatspolitische Notwendigkeit mehr besteht.

Die neuen Hoheitszeichen

Verordnung des Reichspräsidenten für die Wehrmacht.

Berlin, 16. März.

Der Reichspräsident hat mit Gegenzeichnung des Reichskanzlers und des Reichswehrministers für die Wehrmacht eine Aenderung der Hoheitszeichen verordnet.

Nach dieser Verordnung ist die Reichskriegsflagge wie bisher schwarz-weiß-rot mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte unter Wegfall der schwarz-rot-goldenen Bösch.

Die Bösch der Kriegsschiffe ist die neue Reichskriegsflagge in entsprechend kleineren Abmessungen.

Die Flagge des Reichswehrministers ist die neue Reichskriegsflagge mit weiß-schwarzer Umrandung.

Die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See, soweit sie von Behörden der Wehrmacht geführt wird, ist die Reichskriegsflagge, jedoch im weißen Streifen mit dem Reichsadler an Stelle des Eisernen Kreuzes.

Der Reichspräsident hat ferner verordnet, daß die Wehrmacht an der Dienstmähe im Eichenlaubkranz die Reichskolarte in den Farben schwarz-weiß-rot und an der Feldmähe nur die Reichskolarte zu tragen hat. Am Stahlhelm wird an der Stelle des bisherigen landmannschaftlichen Abzeichens das gleiche Schild in den Farben schwarz-weiß-rot getragen.

Der Reichspräsident hat dazu folgenden Erlass an die Wehrmacht gerichtet:

„An die Wehrmacht!

Durch meine Verordnungen über die Aenderung der Reichskriegsflagge und über die Wiedereinführung der alten schwarz-weiß-rotten Kolarte habe ich der Inneren Verbun-

denheit der deutschen Wehrmacht mit den wiedererstickten nationalen Kräften des deutschen Volkes auch einen sichtbaren Ausdruck gegeben.

Die deutsche Reichswehr hat, trotz aller äußeren Fesseln, durch schwere Nachkriegsjahre dem deutschen Volk den Wehrge danken erhalten. Mögen diese äußeren Zeichen innerer Verbundenheit dem ganzen Volke stets vor Augen führen, daß eine bessere Zukunft nicht ohne den Willen zur Verteidigung der Heimat errungen werden kann. Im Dienste der alten Soldateneugenden, getragen vom einheitlichen Willen des Volkes soll die Wehrmacht auch künftighin Sinnbild und Stolz der Nation bleiben.

Der Reichspräsident gez.: von Hindenburg.

Der Reichswehrminister gez.: von Blomberg.“

Regierung und Gewerkschaften

Bedeutende Erklärung des bayerischen Staatskommissars Wagner.

München, 16. März.

Der Kommissar für das bayerische Staatsministerium des Innern, Wagner, erklärte in einer Unterredung mit einem Mitglied der Schriftleitung des „Börslichen Beobachters“ zur Frage der Gewerkschaften u. a.: „Die Angriffe der Bevölkerung auf verschiedene Gewerkschaftshäuser sind zweifellos nur deswegen geschehen, weil bedauerlicherweise die Gewerkschaftshäuser nicht mehr Dienststellen waren, zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen, sondern zum Teil als politische Zentralstellen marxistischer Organisationen benutzt wurden. Ich sehe den Grund vor allem auch darin, weil im Laufe der Jahre die nationalsozialistischen Arbeiter mit allen Mitteln aus den Gewerkschaften vertrieben worden sind.“

Ich betonte ausdrücklich, daß die Arbeiterorganisationen nicht gestört werden sollen, und ich hoffe, daß die Arbeit in den Dienststellen der Gewerkschaften bald wieder aufgenommen werden kann. Ich werde die Gewerkschaften schützen und werde dafür sorgen, daß keine Uebergriffe mehr vorkommen. Aber ich verlange auch, daß die Gewerkschaften sich in keiner Weise politisch, d. h. in marxistischem Sinne betätigen.“

Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht

Neue grundlegende Maßnahmen im Arbeitsdienst.

Berlin, 16. März.

Der Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Reichsarbeitsminister Seldte, hat durch eine Reihe von Verfügungen die wichtigsten vorläufigen Regelungen für den organisatorischen Ausbau des Arbeitsdienstes getroffen. Ohne späteren endgültigen Organisationsformen vorzugreifen, wird zunächst in organischer Entwicklung aus dem bisherigen Zustande die Leitung des Arbeitsdienstes zu einer vollständigen und in sich geschlossenen Verwaltung ausgebaut.

Dabei wird die äußere Verbindung zur Verwaltung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aufrecht erhalten, da diese für Finanzierung und Verwaltung des Arbeitsdienstes zunächst unentbehrlich ist.

In den Bezirken der Landesarbeitsämter wird die Leitung vollständig und hauptamtlich in die Hände von neubestellten Bezirkskommissaren gelegt.

Für einige Bezirke sind diese bereits mit sofortigem Amtsantritt ernannt. Innerhalb der Landesarbeitsämter werden jeweils die Bereiche mehrerer Arbeitsämter zu einem eigenen Arbeitsdienstamt zusammengefaßt, das an das dafür jeweils bestgeeignete Arbeitsamt angelehnt wird.

Außerdem sind Maßnahmen getroffen, um durch eine umfassende Landesplanung die Ausweitung der Arbeiten unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit, der Landeskultur, Siedlung und Raumpolitik sinnvoll zu gestalten. Durch weitere Anordnungen sollen die geschulten Führerstäbe der Verbände für den Aufbau der späteren Arbeitsdienstpflicht sichergestellt werden.

Exportüberschuß 27 Millionen

Der deutsche Außenhandel im Februar.

Berlin, 16. März.

Im Februar beträgt die Einfuhr 347 Millionen RM, die Ausfuhr 374 Millionen RM; der Ausfuhrüberschuß be-